



NIEDERSCHRIFT

über die 17. Sitzung des Hauptausschusses

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 09.02.2021,

Videokonferenz

Beginn: 17:00

Ende: 18:14



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Vertreter für Frau Heidbreder

Jennifer Follmann

Lea Saßnowski

CDU

Cyrus Bakhtari

Susanne Burgdörfer

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

SPD

Paule Albrecht

Hermann Demmerle

Armin Schowalter

FWG

Wolfgang Freiermuth

AfD

Norbert Herrmann

Vertreter für Herrn Gies

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Vertreterin für Frau Dr. Migl

FDP

Jochen Silbernagel



Die LINKE

Daniel Emmerich

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Alexander Grassmann

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Jan Marco Scherer (Sozialamt)

Sonstige

Sandra Diehl (Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Leon Saling (stellvtr. Vorsitzender Jugendbeirat)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Lea Heidbreder Vertreter: Herr Julius Baur



AfD

Christian Gies

Vertreter: Herr Norbert Herrmann

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Vertreterin: Frau Andrea Kleemann

Beigeordneter

Lukas Hartmann



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende betonte, dass dies die zweite Hauptausschusssitzung sei, die man digital durchführe. Hierfür habe es im Vorverfahren ein einstimmiges Votum gegeben.

Es bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht der TechnologieRegion Karlsruhe; Berichterstatter Herr Ehlgötz
3. Erweiterung des Hauptfriedhofes; Neuanlage eines muslimischen Grabfeldes
Vorlage: 320/025/2021
4. Vergabe von Renaturierungs-, Regenrückhaltungs- und Begrünungsmaßnahmen im Gewerbegebiet D10, Los 2 Renaturierungs- und Begrünungsmaßnahmen
Vorlage: 350/183/2021
5. Weiterbeauftragung von Planungsleistungen zum Projekt Entwicklung Ostpark
Vorlage: 350/184/2021
6. Weiterbeauftragung von Projektmanagementleistungen zum Projekt Entwicklung Ostpark
Vorlage: 350/186/2021
7. Sozialbericht 2020
Vorlage: 500/055/2020
8. Aufhebung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes „Deutsches Tor“
Vorlage: 610/648/2021
9. Teilfortschreibung Einzelhandelskonzept 2018 der Stadt Landau in der Pfalz im Bereich Nahversorgung
Vorlage: 610/650/2021
10. Einziehung der alten Äste der K5 gemäß § 37 des Landesstraßengesetzes (LStrG)
Vorlage: 680/239/2021
11. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den zugeschalteten Einwohnerinnen und Einwohner gab es keine Fragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bericht der TechnologieRegion Karlsruhe; Berichterstatter Herr Ehlgötz

Der Vorsitzende begrüßte den Geschäftsführer der Technologie Region Karlsruhe, Herrn Jochen Ehlgötz. Nach vielen Jahren der Bemühungen sei man im Jahr 2020 der Technologieregion beigetreten. Er halte dies für sehr wichtig, nicht nur der Metropolregion anzugehören. Immer wieder werde die Frage gestellt, warum man dort Mitglied sei. Daher sei er für das Angebot von Herrn Ehlgötz sehr dankbar, heute hier zu berichten.

Herr Ehlgötz freute sich, dass die Stadt Landau im Juli 2020 als 29. Mitglied der Technologieregion Karlsruhe beigetreten sei. Damit sei die Südpfalz komplett vertreten. Die Technologieregion arbeite in einem Wissensdreieck aus Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft zusammen. Man schaffe Transparenz und Plattformen mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Region auf nationaler und internationaler Ebene zu steigern und zu vermarkten. Neben vielen kreisfreien und kreisangehörigen Städten sowie Landkreisen seien auch viele große Unternehmen Mitglied der Technologieregion. Die Technologieregion sei binational aufgestellt als Verbund eines baden-württembergischen Teiles, eines rheinland-pfälzischen Teiles und eines elsässischen Teiles. Man repräsentiere grenzüberschreitend 1,6 Millionen Menschen. Gerade diese grenzüberschreitende Verflechtung mache deutlich, wie wichtig es sei, dass die Grenzen offen bleiben. Man schaffe auch Dienstleistungen wie beispielsweise mit dem Mobilitätsportal. Auch dieses Mobilitätsportal sei grenzüberschreitend, was einmalig in Europa sei.

Die Technologieregion arbeite zusammen mit der UITP, dem Weltverband der öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen. Mit dieser habe man einen Kooperationsvertrag geschlossen mit dem Ergebnis, das es jetzt auch ein Trainingszentrum in Karlsruhe gebe.

Zweiter großer Themenbereich sei die Energie, die man zusammen mit Kommunen und Unternehmen an Leuchtturmprojekten umsetze. Weiter sei man Dienstleister beim Anwerben von internationalen Fachkräften. Hierzu gebe es ein Welcome-Center in Karlsruhe, das sich als Lotse verstehe für die Menschen, die hier herkommen um zu arbeiten.

Die dritte große Säule sei die Innovation und Digitalisierung. Hier beschäftige man sich aktuell mit dem großen Vorhaben „Innovationspark Künstliche Intelligenz Baden-Württemberg“. Zudem sei man dabei, zur Kompetenzbündelung auch Innovationszentren zu gründen. Für ein solches Zentrum würden derzeit auch Gespräche in der Pfalz laufen. Die Stadt Landau bringe viel Geld in diese Technologieregion mit ein. Dieses Geld bringe man beispielsweise auch in das Innovationsprojekt TetRRis der EU ein. Das wunderbare daran sei, dass es eine 100%-Förderung sei.

Ziel der Technologieregion sei es, die Tätigkeiten vor Ort zu unterstützen. Dabei sei die Stadt Landau ein starker Partner.

Ratsmitglied Saßnowski zeigte sich freudig überrascht über die Projekte der Technologieregion. Die Zukunftsaufgabe sei die neue Mobilität. Ihre Frage gehe dahin, wie groß der Einfluss der beteiligten Unternehmen auf die Entscheidungen der Technologieregion sei.

Herr Ehlgötz betonte, dass die Technologieregion Karlsruhe ein Kooperationsverbund sei. Die kommunale Mehrheit sei in der Satzung der Technologieregion abgesichert. Insofern hätten die Kommunen das letzte Wort bei der Verwendung der Gelder.



Einbringen könnten und würden sich die Kommunen über die bestehenden Arbeitskreise.

Ratsmitglied Albrecht wollte wissen, ob schon Projekte verifiziert worden seien, die man in bzw. mit Landau realisieren wolle.

Der Vorsitzende verwies auf das Mobilitätsportal, dass ein wichtiger Servicebeitrag für die Bürgerinnen und Bürger sei. Weiter sei man an dem Projekt Künstliche Intelligenz beteiligt. Auch die Universität und die Energie Südwest seien beim Thema Energie beteiligt.

Ratsmitglied Burgdörfer zeigte sich beeindruckt von den Aktivitäten der Technologieregion. Es sei großartig, dass dadurch die ganze Region gestärkt werde. Insbesondere das Mobilitätsportal finde sie eine tolle Idee und verbraucherfreundlich. Ihre Frage gehe dahin, ob denn durch die Technologieregion auch Unternehmen gezielt auf Landau hingewiesen werden.

Herr Ehlgötz entgegnete, dass die Region zusammengehöre. Eingehende Anfragen würden in den Kreis der Wirtschaftsförderer gegeben. Damit empfehle man die Region natürlich für die Unternehmen.

Herr Messemer bestätigte, dass man untereinander viel miteinander rede. Es bestehe ein enger Austausch in der Region.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Erweiterung des Hauptfriedhofes; Neuanlage eines muslimischen Grabfeldes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 20. Januar 2021, auf die hingewiesen wird.

Ratsmitglied Kleemann wollte wissen, ob es üblich sei, dass muslimische Gemeinden einen so hohen Eigenanteil haben.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es zunächst noch nicht üblich sei, dass es ein solches Gräberfeld überhaupt gebe. Man habe den Grundsatzbeschluss, dass man sich in dem gleichen Maße finanziell engagiere wie bei nichtmuslimischen Bestattungen. Was für ein muslimisches Begräbnis zusätzlich gebraucht werde, müsse auch von der muslimischen Gemeinde getragen werden.

Ratsmitglied Lerch ging davon aus, dass die Gestaltung der Bestattung der behördlichen Genehmigung bedarf.

Der Vorsitzende bestätigte dies.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden:

Beschlussvorschlag:

Vor Beginn des Vergabeverfahrens für die Neuanlage eines muslimischen Grabfeldes westlich des Hauptfriedhofes werden

- a) 20.000,- € aus Vorjahren in das Haushaltsjahr 2021 übertragen
- b) 50.000,- € im Vorgriff auf den Haushalt 2021 freigegeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Vergabe von Renaturierungs-, Regenrückhaltungs- und Begrünungsmaßnahmen im Gewerbegebiet D10, Los 2 Renaturierungs- und Begrünungsmaßnahmen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 27. Januar 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

der Vergabe von Renaturierungs- und Begrünungsmaßnahmen im Gewerbegebiet D10 in Landau in der Pfalz (Los 2) an den mindestfordernden Bieter, Fa. Köhler-Schmitt, mit einer Auftragssumme von brutto 481.729,05 Euro zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Weiterbeauftragung von Planungsleistungen zum Projekt Entwicklung Ostpark

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 28. Januar 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

Das Planungsbüro bauchplan aus München, das mit den Planungsleistungsphasen 1-3 zum Projekt Ostpark beauftragt war, soll mit den Leistungsphasen 4-9 weiterbeauftragt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Weiterbeauftragung von Projektmanagementleistungen zum Projekt Entwicklung Ostpark

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 28. Januar 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

Das Büro Maletton und Klein aus Neustadt a.d.W., das mit der ersten Beauftragungsstufe des Projektmanagements zum Projekt „Entwicklung Ostpark“ beauftragt ist, soll mit der zweiten Beauftragungsstufe weiterbeauftragt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Sozialbericht 2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 12. Januar 2021, auf die hingewiesen wird. Der Bericht sei ausführlich im Sozialausschuss vorgestellt worden, er spreche für sich. Man merke natürlich auch wo man an Grenzen komme. Es sei das Ziel, dies in ein fortlaufendes Monitoring zu überführen.

Ratsmitglied Kleemann sah in dem Sozialbericht eine tolle Grundlage. Dennoch habe sie noch einige Fragen. Warum liege bei den wirtschaftlichen Auswirkungen der Fokus auf Covid 19? Außerdem würden Aussagen zu Armut und speziell zu Altersarmut fehlen. Dies habe die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion in ihrem Antrag gewollt.

Bürgermeister Dr. Ingenthron war froh, dass man diese Datengrundlage jetzt im Rahmen des rechtlich möglichen habe. Der Bericht spreche Vorschläge und Empfehlungen aus. Wo man Schwerpunkte setzen möchte, liege an der politischen Diskussion. Die Vorschläge und Ausführungen seien nicht in Stein gemeißelt. Der Sozialbericht sei immer auch eine kleinteilige Betrachtung herunter gebrochen auf das Stadtgebiet. Alles weitere obliege nun der politischen Abstimmung. Man habe sich bewusst entschieden, keinen Armutsbericht zu erstellen.

Herr Scherer ergänzte, dass man über das Jobcenter hinaus keine weiteren Daten zu Armut habe. Wenn man dies untersuchen wolle, müsste man viel Geld in die Hand nehmen.

Ratsmitglied Burgdörfer fand es großartig, dass mit diesem Sozialbericht jetzt ein Anfang gemacht werden konnte. Erfreulicherweise könne man feststellen, dass es derzeit keine Problemlagen gebe. Dies könne sich allerdings durch die Auswirkungen der Pandemie ändern. Daher müsse man verschärft darauf schauen, wie sich dies in den nächsten Jahren beispielsweise durch Zuzüge verändere. Froh sei sie auch, dass man jetzt im Horstgebiet mit dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“ anfangen könne.

Ratsmitglied Freiermuth dankte für die Erstellung des Berichtes. Er würde es für wichtig halten, dass bei der Entstehung neuer Baugebiete auch ein Baugebot erlassen werde. Bedauerlich sei auch, dass es beispielsweise in Landau-Südwest überhaupt keine Sparkasse mehr gebe.

Ratsmitglied Silbernagel lobte, dass dieser Bericht eine gewisse Kleinteiligkeit habe. Dies sei sehr wichtig, da man so auch beobachten könne, wie sich einzelne Bezirke entwickeln. Der Bericht lebe und müsse kontinuierlich fortgeschrieben werden.

Ratsmitglied Schowalter fand den Bericht spannend zu lesen. Es sei ein gutes Gefühl, dass es keine großen Ausreißer gebe. Dieser Bericht sei für uns als Stadt viel wert.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

1. Der Sozialbericht wird als Grundlage für weitere sozialpolitische Entscheidungen zur Kenntnis genommen.
2. Der Sozialbericht soll in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben werden.



Schwerpunkt der ersten Fortschreibung ist die Umsetzung des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ in den nördlichen und nordöstlichen Sozialräumen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Aufhebung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes „Deutsches Tor“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 12. Januar 2021, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Die „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes „Deutsches Tor“, vom 13. Februar 2007, wird auf Grundlage von § 162 Baugesetzbuch aufgehoben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Teilfortschreibung Einzelhandelskonzept 2018 der Stadt Landau in der Pfalz im Bereich Nahversorgung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 14. Januar 2021, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Die vom Planungsbüro Junker + Kruse, Dortmund, erarbeitete Teilfortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 2018 im Bereich Nahversorgung für die Stadt Landau in der Pfalz vom November 2020 (Anlage) wird als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB für die künftige räumliche Steuerung des Einzelhandels und die Sicherung zentraler Versorgungsstrukturen in Landau in der Pfalz beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Einziehung der alten Äste der K5 gemäß § 37 des Landesstraßengesetzes (LStrG)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. Januar 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Saßnowski bat um Auskunft, ob die Äste entsiegelt worden seien.

Herr Kamplade bejahte dies.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende bisher dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Verkehrsflächen einzuziehen:

Die alten Äste der Kreisstraße K 5 zwischen den Netzknoten 6814 087 J und 6814 087 K sowie 6814 087 I und 6814 087 J der K 5. Die Flächen sind im beiliegenden Lageplan gelb gekennzeichnet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte, dass der Landeswahlleiter dem Antrag, die Landtagswahl im Wahlkreis 50 als reine Briefwahl durchzuführen, abgelehnt habe. Es bleibe aber der Appell, Briefwahl zu machen.

Zur Coronalage allgemein teilte er mit, dass der aktuelle Inzidenzwert für Landau bei 59,7 liege. Es gehe im Moment weiter mit den Zahlen nach unten. Die Beschlussvorlage für die morgige Bund-Länder-Konferenz sei allerdings sehr ernüchternd. Das Impfzentrum in Landau werde man am 22. Februar 2021 eröffnen, die Vorbereitungen liefen planmäßig.

Ratsmitglied Saßnowski bat um einen aktuellen Stand bei der Auslieferung der Tablets an die Schulen. Sie wisse beispielsweise, dass bei der Konrad-Adenauer-Realschule plus noch keine Tablets angekommen seien. Der Elternbeirat der KARS habe 250 Tablets zur Verfügung gestellt. Möglicherweise könnte man damit andere Schüler mit Endgeräten ausstatten.

Bürgermeister Dr. Ingenthron bestätigte, dass die Tablets mittlerweile alle in Landau angekommen seien. Das Medienzentrum bereite diese nun für den Einsatz vor. Wer die Tablets bekomme, sei letztlich Sache der Schule. Diese wüssten, wie viele Geräte sie bekommen.

Ratsmitglied Saßnowski wollte ergänzend wissen, ob es eine Abfrage zum tatsächlichen Bedarf bei den Schulen gebe.

Bürgermeister Dr. Ingenthron entgegnete, dass Bedarf relativ sei. Die Schulen wüssten, was sie bekommen. Wenn Schulen der Meinung seien, die Geräte nicht in Anspruch zu nehmen, dann würde man sie natürlich anderen Schulen anbieten.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass die Schulen das Problem hätten die Tablets zu verteilen ohne objektives Kriterium. Ein solches objektives Kriterium wäre die Lernmittelfreiheit, wofür aber die Tablets nicht ausreichen. Gebe es einen Vorstoß beim Land, ob die Quote zukünftig von 20 auf 40 % erhöht werde?

Bürgermeister Dr. Ingenthron antwortete, dass er dies nicht wisse. Es könne aber auch sein, dass Schulen ja entscheiden ganze Klassen mit Tablets auszustatten.



Die Niederschrift über die 17. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 09.02.2021 umfasst 17 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 52.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Alexander Grassmann
Beigeordneter